

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich, fernsprech-Anschluss Nr. 68.

Verantwortlich: Dr. Heinrich Müller, Redaktions- und Druckerei: Auer-Druckerei, Auer, Erzgebirge.

Telegr. Nr. 180. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 180

Mittwoch, den 3. August 1932

27. Jahrgang

Nach der Reichstagswahl

Das Weltecho

Berliner Blätterstimmen

Berlin, 1. Aug. Der „Abend“ beschäftigt sich in seinem Kommentar zur Reichstagswahl vor allem mit den Möglichkeiten der Regierungsbildung. Das Blatt meint, gegenüber einem Reichstag, der sich den Staatsaufgaben verweigert, sei die sogenannte Präsidialregierung die einzig übrigbleibende Möglichkeit. Eine solche Präsidialregierung darf aber nicht eine Parteiregierung sein, wie es die Regierung Papen trotz aller Ablehnungsversuche in Wirklichkeit ist. Die NSDAP hat selbstverständlich das Recht, aber die Bildung der Reichsregierung, mit der sie zu regieren hofft, verhandeln zu können. Daß die Sozialdemokratie einer solchen Mehrheit in der allerschärfsten Opposition stehen würde, versteht sich von selbst. Ein Versuch der Nationalsozialisten, sich auf anderem Wege der Führung zu bemächtigen, müsse zur Katastrophe, nicht zum Erfolg führen. — Nach Ansicht des „Berliner Tageblattes“ befinden sich die Kommunisten nunmehr auch im Reiche in der Schlüsselstellung, die Herr von Papen in Preußen beinahe als etwas Unmoralisches bezeichnet habe. Der Reichstag würde beherrscht von einer Mehrheit von Kommunisten und Nationalsozialisten, die, sogar ohne Hinzutritt der Sozialdemokraten die letzte Notverordnung ausheben könnten und müßte, wenn es den Nationalsozialisten mit ihrem Kampf gegen diese Verordnung wirklich ernst ist. Die NSDAP-Führung dürfte nicht sehr enttäuscht sein von dem Ergebnis, wenn sie wüßte, daß sie mit ihren 230 Mandaten die Herren von Papen und Schleicher garnicht im Stich lassen könne, daß sie also an der Verantwortung teilnehmen müsse und sei es auch nur in den bisherigen Formen der stillen Tolerierung. — Der „Angriff“ spricht von der die Situation beherrschenden Stellung der NSDAP. Die Möglichkeit einer Regierungsbildung auf parlamentarischer Grundlage scheint bei diesem Reichstag allerdings nicht mehr gegeben. Sie wäre nur dann herbeiführbar, wenn man sich dazu entschließt, den in der SPD verdrängten Bolschewismus als außerhalb der Rechtsgrundlage des geordneten und christlichen deutschen Staatswesens stehend anzusehen. Gelangt man nicht zur Ausschaltung des Kommunismus in irgendeiner Form und dadurch zur Schaffung klarer national bedingter Verhältnisse, so werde man wohl zu weitergehenden außerparlamentarischen Regierungsschritten sich entschließen müssen. — Die „D. A. Z.“ hebt hervor, daß die Schlüsselstellung des Zentrums stark gelitten habe und sagt, das Wahlergebnis bezeuge den Wunsch des Volkes nach verantwortlicher Mitregierung der Nationalsozialisten. Wenn an allen anderen Tatsachen des 31. Juli gebühert werden kann: In dieser Hinsicht ist kein Zweifel erlaubt. Es ist sicher, daß der Reichspräsident dem nationalsozialistischen Wahlerfolg Rechnung tragen will. Um Bildung des Kabinetts von Papen unter Einbeziehung der Nationalsozialisten ist die Parole der Stunde. — Der „Lobanscheider“ führt aus, daß der Erfolg ganz auf Seiten der Regierung Papen sei. — Die „Germania“ spricht mit Bezug auf die nicht erreichte absolute Mehrheit der Nationalsozialisten von einer zerstörten Mission. Staatspolitisch gesehen sei es von größter Bedeutung, daß sich zwischen den beiden riesigen Machtgruppen der Rechten und der Linken das Zentrum und die Bayerische Volkspartei als ein unerfüllbarer Block der Ordnung und der Verfassungstreue nicht nur behauptet, sondern sogar gefestigt hätten. Das Blatt fordert, daß die Zeit verfassungsrechtlicher Experimente und machtpolitischer Aktionen vorbei sei und daß die bereits begonnenen zu liquidieren seien. Die Reichsregierung habe keinen Auftrag, die verfassungsrechtlich höchst ansehnlichen Methoden fortzusetzen, unter denen sie ihre Politik bisher geführt hat. Sie habe dagegen die Pflicht zur höchsten Besonnenheit und Zurückhaltung, bis der neu gewählte Reichstag seine Funktionen übernommen habe und vor allem die Pflicht, den Reichstag zu dem verfassungsmäßig gegebenen Termin einzuberufen und vor ihm zu erscheinen. Der Tag, an dem das geschieht, wird über mehr entscheiden als über das Schicksal einer Regierung. — Die „Börsezeitung“ schreibt von einem Volksurteil für die nationale Regierung und einer Niederlage Brüning's und seiner Politik. Auch die „Freuzzeitung“ nennt den Wahlausfall einen Sieg der Regierung.

Die englische Presse zur Reichstagswahl

London, 1. August. In den englischen Blättern werden von Papen und Schleicher als die wirklichen Sieger bezeichnet. „Star“ schreibt, es werde jetzt nach Beseitigung der Hitler-Gefahr für Herrn von Papen möglich sein, zu zeigen, daß es möglich ist, mit Klugheit

und Mäßigung zu regieren. „Evening News“ sieht es unter den bestehenden Umständen für unmöglich an, daß die gegenwärtige Regierung einer anderen Platz mache, erwartet aber, daß Herr von Papen, wenn er dies kann, einige „sichere Männer“ sowohl aus den Nazis als auch den Zentrumsreihen abfordern wird. Sir Walter Layton erklärte in einer Rede, er würde sehr erstaunt sein, wenn bei der morgigen Wiederöffnung der Märkte nicht die Unsicherheit vorherrsche, daß die Lage stabil geworden sei und daß weniger Ausfluß auf Gewalttakte in Deutschland bestünde. London, 1. Aug. Die Morgenblätter kommentieren eingehend den Ausgang der Reichstagswahlen in Deutschland. „News Chronicle“ sagt in einem Leitartikel u. a.:

Der Reichstanzler über das Wahlergebnis und die nächsten politischen Aufgaben

Berlin, 1. August. Der Reichstanzler gewährte heute dem Vertreter der „Associated Press“, Louis H. Kocher, ein Interview, in dem er rundweg und unambigüös erklärte, seine Regierung beabsichtige keinesfalls, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstage zu bemühen, die zur Unterstützung der Reichsregierung auf die Parteien angewiesen ist, aus denen sie sich zusammensetzt. Der Reichstanzler erklärte dann: Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt hat, dann besteht diese darin, daß das deutsche Volk das Bestreben der Regierung gutgeheißen hat, das Land von der Parteikontrôle zu befreien. Was wir verlangen, ist, daß unser Bemühen, Deutschland von seinen Schwierigkeiten zu befreien, gebilligt werde. „Meine Kollegen und ich wollen mit unserem Programm aufbauenden Strebens vor dem Reichstag treten und seine Mitglieder vor die Entscheidung stellen, ob sie uns angesichts des dringenden Bedürfnisses nach objektiver, unparteilicher Arbeit aus dem Sattel zu werfen wagen.“ Der Gebanke an die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums schien den Reichstanzler, wie der Vertreter der „Associated Press“ bemerkt, vollkommen unberührt zu lassen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Zentrumspartei, der er angehört, bevor er Reichstanzler wurde und die ihn während des Wahlfeldzuges scharf bekämpfte, nicht das Odium auf sich laden würde, eine neue Kabinettstille herbeizurufen. Hinsichtlich Adolf Hitlers war er der Überzeugung, daß der Augenblick gekommen sei, da die nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mitwirken müsse. Als der Vertreter der „Associated Press“ den Reichstanzler darauf aufmerksam machte, daß einige amerikanische Zeitungen das Ergebnis der Reichstagswahl in dem Sinne interpretierten, daß 80 Prozent des neuen Reichstages antirepublikanisch eingestellt seien, womit sie die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten meinen, erklärte Herr von Papen: Die Frage der Staatsform steht nicht im geringsten zur Debatte. Das Land muß bei der Wahl nicht zur Debatte. Das ganze deutsche Volk ist darum besorgt, sein Haus in Ordnung zu bringen, und wir haben keine Zeit, an die Staatsform zu denken. Zu den außenpolitischen Problemen übergehend, bemerkte der Reichstanzler, daß die deutsche Regierung nicht eine Politik der Autarkie zu ihrer Hauptpolitik mache. Er sagte: Die autarkischen Bemühungen, die wir machen, sind uns durch die Weltlage aufgezwungen worden und sind nicht aus unserem Willen hervorge-

gangen. Wir wollen ebenso sehr wie jede andere Nation daran mitarbeiten, daß die Zollmauern niedergelassen werden und der Güterverkehr erleichtert wird. Leben und leben lassen ist unser Wahlspruch. Als der Vertreter der „Associated Press“ fragte, was der Reichstanzler mit seiner Anspielung auf eine mögliche Verfassungsreform in seiner letzten Rundfunkansprache gemeint habe, antwortete der Kanzler: Der jetzige Reichstag besteht, so wie er gegenwärtig aus einer einzigen Kammer besteht, nicht die Gegengewichte und Ausgewichte, die beispielsweise Ihr amerikanischer Kongress und Senat besitzt. Unser Reichstag, unser Bundesrat, kann nicht mit Ihrem Senat verglichen werden. Seine Befugnisse sind weit geringer. Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht. Eine andere Sache, die berichtigt werden müßte, ist unser sogenanntes Listensystem, nach dem jede Partei eine Liste von Kandidaten aufstellt, von denen für je 60 000 erhaltene Stimmen einer als gewählt erklärt wird. Es besteht kein persönlicher Kontakt, in der Praxis kein Kontakt zwischen dem Kandidaten und seinem Wähler. Dieser hat nicht einmal einen Einblick auf die Auffstellung der Kandidaten. Diese erfolgt für gewöhnlich durch einen kleinen Vorkommensauschuß der Parteien. In England und Amerika muß sich ein Kandidat in einem Wahlkreis stellen und das Vertrauen der Wähler, die ihn wählen, gewinnen. In Deutschland entscheidet ein Wähler über die Partei, die er zu unterstützen wünscht, aber er hat keinen Kontakt mit seinem Kandidaten. Ich hoffe, daß unser Wahlsystem in dem Sinne revidiert werden wird, daß die persönliche Verantwortung des Reichstagsmitgliedes wieder hergestellt wird. Hätte es gestern ein solches Gefühl gegeben, dann hätte ich in meinem heimatischen westfälischen Wahlkreis gestanden, wo mich jeder kennt, und ich hätte mich selbst als Kandidat auf der Liste des Zentrums gemeldet. Ich bin sicher, daß ich gewählt worden wäre. Der Reichstanzler bemerkte, daß in jedem Lager politische Führer von Verwaltungsmahnen gesprochen hätten, aber niemand habe gehorcht. Binnen wenigen Tagen nach meiner Nennung zum Reichskommissar für Preußen verabschiedeten wir 88 Kreise mit größeren Kreisen und vereinfachten die Verwaltung durch Aufhebung von 60 Landratsstellen. In derselben Richtung beschließen wir weitere Verwaltungs- und Finanzreformen zu veranlassen, die sowohl im Reich als auch in Preußen einer Abänderung dringend bedürfen.

Die Parteien zum Wahlergebnis

Berlin, 1. Juli. Der neue Reichstag wird nur noch sechs Fraktionen umfassen: Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, Zentrum, Deutschnationale, Bayerische Volkspartei und Kommunisten. Alle übrigen Parteien haben es nur zu mehr oder weniger kleinen Gruppen im Reichstag gebracht. Bei den großen Parteien ist man im allgemeinen der Auffassung, daß der Wahlausgang ungefähr den Erwartungen entspricht. Besonders befriedigt ist man bei den Nationalsozialisten, den Kommunisten und dem Zentrum. Bei den Nationalsozialisten steht man in der Tat, daß die Partei in den meisten Wahlkreisen über das Ergebnis der Wahlen hinaus weitere Stimmgewinne erzielen konnte, einen neuen Sieg der Partei und hat der Auffassung auch bereits in einer Kundgebung des Parteiführers Hitler Ausdruck gegeben. Man zieht aus dem Wahlergebnis den Schluß, daß es jetzt höchste Zeit sei, endlich der Partei die Macht zu übergeben. Im großen und ganzen ist man auch bei der Sozialdemokratie befriedigt, die gegenüber dem Ergebnis der Wahlen wieder stark an Boden gewonnen hat. Man

gibt allerdings zu, daß das Ergebnis der Reichstagswahl etwas hinter den Erwartungen zurückbleibt, da man damit rechnete, den bisherigen Mandatsstand restlos halten zu können. Die eingetretenen Verluste erklärt man sich damit, daß die Zentrumsfraktion eine ganze Menge Wähler in Proteststimmung berief, die sich zugunsten der Kommunisten ausgewirkt habe. Im Zentrumskreis wird erklärt, daß man dort mit einem Stimmengewinn von etwa 10 Prozent gerechnet hatte, der sogar noch übertroffen worden sei. Auch der eingetretene Stillstand der nationalsozialistischen Bewegung entspricht den Erwartungen. Ueberrascht habe die starke Zunahme der Kommunisten. Jedenfalls hätten die Wähler alles andere als Klarheit für die Regierung gebracht. Die Kommunisten sind naturgemäß über ihre Erfolge außerordentlich befriedigt. In deutschnationalen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Wahlausfall ungefähr den Erwartungen entspricht. Auch dort ist man über das starke Anwachsen der kommunistischen Stimmen überrascht. Die Deutsche Volkspartei hat jedoch, das Landhaus ein Mandat auf den